



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 9 - V - 3 0 - 0 0 0 6  
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: **zusätzlicher Personalbedarf im Rechtsamt**  
**Anlage/n siehe Seite 3**

Dezernat(e) II

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> <b>wird im Internet/PIWI veröffentlicht</b>	

## Bestätigung Dezernent/in

Dr. Franz

Bürgermeister

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

\_\_\_\_\_  
Imholz  
Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2020	Personalkosten A14/E14	233.804	233.804		1300029	630098	Personalkosten Amt 30
	x	2020	Personalkosten E 5	51.918	51.918		1300029	630098	Personalkosten Amt 30
	x	2020	Sachkosten	29.100	29.100		1300029	680000	Arbeitsplatzkosten
<b>Summe einmalige Kosten:</b>				<b>314.822</b>	<b>314.822</b>				

	x	2021 ff	Personalkosten A14/E14	238.480	238.480		1300029	630098	Personalkosten Amt 30
	x	2021 ff	Personalkosten E 5	52.956	52.956		1300029	630098	Personalkosten Amt 30
	x	2021 ff	Sachkosten	29.100	29.100		1300029	680000	Arbeitsplatzkosten
<b>Summe Folgekosten:</b>									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Anpassung der Personalausstattung im Rechtsamt zur Sicherstellung der Leistungen des Justizariats.

## Anlagen:

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
  - 1.1 der Landeshauptstadt Wiesbaden aktuell elf Juristinnen/Juristen (Kopfzahl) zur Erfüllung der Aufgaben des Justizariats zur Verfügung stehen. Derzeit werden 1.691 Prozesse (offene Verfahren, Stand 30. April 2019) geführt, jährlich ca. 1.200 bis 1.300 Anfragen der Dezernate und Ämter bearbeitet, 12 Sitzungen des Widerspruchsausschusses durchgeführt und jährlich ca. 15 Rechtsreferendare ausgebildet.
  - 1.2 dringend zusätzliches Personal benötigt wird, um die notwendigen Leistungen des Justizariats sicherzustellen.
  - 1.3 die Nichtzusetzung der nachfolgend geforderten Stellen zur Folge hätte, dass in Teilbereichen die Prozessführung und die interne Rechtsberatung nicht im erforderlichen Umfang und nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erfolgen kann.
2. Es wird beschlossen, dass
  - 2.1 zur Sicherstellung der Leistungen des Justizariates im Sachgebiet 3002 zwei zusätzliche Stellen (Stellenwert A 14/E 14) sowie eine zusätzliche Stelle (Stellenwert E 5) unbefristet geschaffen werden. Die Planstellen können vorab des Beschlusses und der Genehmigung des Stellenplanes 2020/2021 ab sofort unbefristet besetzt werden.
  - 2.2 Dezernat II/30 die hierfür anfallenden Personal- und Arbeitsplatzkosten für 2019 aus Überleitungsmitteln deckt. Die erforderlichen Mittel ab 2020 werden von Dezernat II/30 zum Haushalt 2020/2021 angemeldet
  - 2.3 im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat II/30 ab sofort um drei VZÄ zu erhöhen ist.

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

## II. Demografische Entwicklung

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## III. Umsetzung Barrierefreiheit

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Um die notwendigen Leistungen des städtischen Justizariats sicherzustellen, wird dringend zusätzliches Personal benötigt. Im Einzelnen:

1.

Der Beratungsbedarf in kommunalrechtlichen Fragen hat enorm zugenommen. Dies zeigt sich bereits in dem starken Anwachsen der Zahlen. So hat sich allein die Anzahl der Anfragen, die mit Tagebuchnummern versehen sind, seit März 2017 nahezu verdoppelt. Die Anfragen werden zudem immer komplexer und demzufolge zeitaufwändiger in der Bearbeitung.

Ebenso verhält es sich mit gesellschaftsrechtlichen Fragen, die in den letzten Jahren vermehrt an das Rechtsamt herangetragen werden. Aufgrund des politischen Willens, die städtischen Gesellschaften näher an die Stadt heranzuführen, ist zu erwarten, dass dieser Trend anhält und auch zukünftig im Hinblick auf die aktuellen Entwicklungen weiterhin schwierige Rechtsfragen zu klären sein werden.

Eine nicht unerhebliche Anzahl der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen steht in Verbindung mit dem Beteiligungskodex, der mit Unterstützung des Rechtsamtes laufend fortzuschreiben sein wird.

2.

Die Beantwortung von Rechtsfragen zum Beihilferecht/EU, einem noch relativ jungen Rechtsgebiet, ist äußerst zeitaufwändig und bedarf einer vertieften Befassung mit der Materie. Die Mitarbeit in Projektgruppen ist erforderlich und zeitintensiv, kann aber mangels Personal gegenwärtig nur noch in eingeschränktem Umfang geleistet werden.

Der Beratungsbedarf im Vergaberecht war bereits in der Vergangenheit erheblich und hat weiter zugenommen. Die Unsicherheit bei den städtischen Ämtern ist groß; das Rechtsamt wird ergänzend zur Vergabestelle bereits im Vorfeld von Ausschreibungen häufig mit Fragestellungen befasst, ob beabsichtigte Maßnahmen vergaberechtlich relevant sind. Dem Beratungsbedarf der Eigenbetriebe konnte das Rechtsamt in der Vergangenheit schon nicht mehr in dem gewünschten Umfang gerecht werden. Es ist aber zu erwarten, dass auch die Eigenbetriebe künftig vermehrt mit vergaberechtlichen Themen an das Rechtsamt herantreten werden.

3.

Aufgrund des demographischen Wandels in der Stadtverwaltung ist derzeit ein erheblicher personeller Umbruch in den Ämtern festzustellen. Erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheiden aus, ohne dass der erforderliche Wissenstransfer vorher stattgefunden hat, weil Stellen häufig erst nach einer längeren Vakanz besetzt werden. Auch dadurch entsteht im Rechtsamt ein steigender Beratungsbedarf, weil neue, noch unerfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Unterstützung des Rechtsamtes benötigen. Diese Aufgabe kann ohne das zusätzliche Personal nicht erfüllt werden.

Über die Einzelberatung hinaus bestand in der Vergangenheit immer wieder der Wunsch von Ämtern, dass das Rechtsamt Inhouse-Schulungen durchführen sollte, insbesondere auch aus Anlass von Rechtsänderungen. Diesem Wunsch kann mit dem vorhandenen Personal nicht entsprochen werden.

4.

Der zeitliche Aufwand für die Prozessführung ist in bestimmten Bereichen enorm gestiegen. Ein Großteil der Gerichtspost geht dem Rechtsamt per Telefax zu und muss unverzüglich bearbeitet werden. Allein im Zeitraum vom 1. März bis 30. April 2019 sind 1.057 Faxe im Rechtsamt eingegangen, wobei es sich zum ganz überwiegenden Teil um Gerichtspost handelt. Darüber hinaus ist im Bereich des Ausländerrechts ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Vor allem im Sozialrecht ist zu befürchten, dass die Prozesse aufgrund der konstant hohen Fallzahlen künftig nicht mit der erforderlichen Bearbeitungstiefe geführt werden können.

Gleichzeitig sind u. a. wegen der immer komplexer werdenden Rechtsmaterie die qualitativen Anforderungen an die juristische Bearbeitung gestiegen. Zusätzlicher Druck entsteht durch die hohe Zahl von Eilverfahren, in denen - anders als in der Vergangenheit - von den Gerichten kurze Fristen gesetzt werden. Insgesamt ist festzuhalten, dass auch die rechtliche Bearbeitung der Gerichtsverfahren deutlich schwieriger sowie zeitaufwändiger geworden ist und ohne zusätzliches Personal nicht mehr in fachlich gebotener Weise gewährleistet werden kann.

5.

Die fachlich erforderliche Teilnahme an Besprechungen in Ämtern oder an Ortsterminen, in denen Bürger oder Vertragspartner anwaltlich vertreten sind, würde ohne zusätzliches Personal im Justizariat nur noch eingeschränkt möglich sein.

Schließlich ist in naher Zukunft ein erhöhter Beratungsbedarf im Zusammenhang mit der Umsetzung des SGB IX - Bundesteilhabegesetz - zu erwarten. Ohne zusätzliches Personal im Justizariat kann diesem Beratungsbedarf nicht nachgekommen werden.

## **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 3. Mai 2019

Dr. Franz  
Bürgermeister